

Guido Reil

**abge
zockt.**



**Scheinheilige
Politik
sozialer Kälte.**

Inhalt

Einleitung: Wunsch versus Realität	3
Der Etikettenschwindel	5
Ökosozialismus: Der Weg ins Klimaneutrale Paradies	8
Radikaler Wandel	10
Eine Politik der sozialen Kälte	15
Ein fataler Pakt	18
Exodus	21
Die Kälte kommt	24
Energetische Gebäudesanierung: Abgezockt und enteignet	29
Gefangen im Hamsterrad	32
Umverteilung und Interventionismus	35
Die EU und die Sozialwirtschaft	41
Das Sozialwesen in Deutschland: Eine wachsende Branche	43
Im Gewand des Samariters	44
Die Wohltäterindustrie: Heimliche Geschäfte und Klima	47
Der EU-Mindestlohn: Ein klarer Rechtsverstoß	56
Ein falsches Instrument	60
Die Lohntransparenzrichtlinie – Ideologie, Überwachung und Bürokratie	62
Eine Politik der Unmenschlichkeit	70
Pflege in der EU: Geschäfte und Einwanderung	72
Chronik eines angekündigten Notstands	77
Nachwort	
Danksagung	



Impressum

ID-Fraction

(Gruppe Identität und Demokratie),
Parlament der Europäischen Union,
ASP 05 F 161, Wiertzstraat 60,
1047 Brüssel, Belgien

Autor: Guido Reil

Nicht zum Verkauf gedacht

ISBN 978-3-00-075014-4
Printed in Germany

Einleitung: Wunsch versus

R

Realität

Im Juni 1979 durften die Bürger der neun Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zum ersten Mal direkt das Europäische Parlament (EP) wählen. Helmut Schmidt, der damalige sozialdemokratischen Bundeskanzler, setzte sich in diesem Zusammenhang in einer Rede offensiv für Europa ein. Er war der Auffassung, dass die Schaffung einer freien Gesellschaft in Europa erforderlich sei, in der die Bürger die Möglichkeit haben, ihre eigenen Entscheidungen unabhängig von Einflüssen durch eine Diktatur des Geldes, der Reichen oder kommunistischen Parteibürokratie zu treffen. Schmidt plädierte für die Schaffung einer demokratisch gesteuerten europäischen Gemeinschaft von Nationalstaaten statt der Einrichtung einer einheitlichen Regierung und der Vereinigten Staaten von Europa und lehnte sowohl eine Regierung durch Kapitalisten sowie eine Diktatur durch eine einzige kommunistische Partei ab.¹

Die Gründungsprinzipien der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Vorläuferorganisationen der heutigen Europäischen Union (EU), basierten auf den Ideen der Friedenssicherung, der Zusammenarbeit und der Solidarität. Die Gründerstaaten wollten eine dauerhafte Friedensordnung in Europa schaffen, indem sie die nationalen Wirtschaftssysteme miteinander verflochten und Interessenverbindungen schufen.

Sie sahen darin eine Möglichkeit, die Wiederholung der gewaltsamen Konflikte des 20. Jahrhunderts zu verhindern. Andere wichtige Grundprinzipien waren die Förderung der Marktwirtschaft und der freie Wettbewerb.

Mehr als vier Jahrzehnte nach seiner Rede ist es für jeden, der die Entwicklungen in der EU beobachtet hat, offensichtlich, dass sie sich weit von den Visionen und Zielen des Altkanzlers sowie von ihren Gründungsprinzipien entfernt hat.

Sie hat sich zu einer Zwangsgemeinschaft entwickelt, welche die demokratischen Prinzipien, die Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten und die freie Marktwirtschaft ignoriert. Sie hat sich einer linksgrünen Ideologie unterworfen, die zunehmend die nationale Identität der Mitgliedsstaaten untergräbt. Souveräne Mitgliedsstaaten, die die Politik der offenen Grenzen, die grüne Planwirtschaft oder die Zerstörung des Geschlechts ablehnen, werden von der EU unter Druck gesetzt, erpresst und sogar sanktioniert. Sie nutzt jede Gelegenheit, um den

zu erreichen, beabsichtigt sie tiefgreifende Einschränkungen in der Souveränität der Mitgliedsstaaten vorzunehmen und greift auf Methoden zurück, die man eher in einer ökologischen Diktatur erwarten würde, da demokratische Steuerungs- und Korrekturmechanismen regelrecht eliminiert werden sollen. Im Gegensatz zu den bisherigen freien Wettbewerbsentscheidungen, schreibt die EU in ihrer neuen „grünen Wirtschaftsstrategie“ Unternehmen vor, was und wie sie produzieren sollten, und sie müssen darüber regelmäßig einen Bericht zur Nachhaltigkeit abgeben.

Die EU ignoriert mit ihrer Klimapolitik die Bedürfnisse der Bürger und versagt ihnen den Zugang zu erschwinglicher Energie, wodurch Millionen in die Armut gestürzt werden. Dies widerspricht fundamental der Idee der sozialen Gerechtigkeit.

Es ist bezeichnend, dass sich gerade die Sozialwirtschaft als willfähriger EU-Handlanger und Treiber der Klimaneutralität entpuppt hat. In der Vergangenheit wurden Organisationen wie Wohlfahrtsverbände gegründet, um Menschen in sozial schwierigen Situationen zu schützen und zu unterstützen. Doch mittlerweile hat die Sozialwirtschaft ihren Schwerpunkt verlagert und sich vollkommen der europäischen Klimaretterungsattitüde unterworfen.

Die EU heizt mit ihrer desaströsen Politik das soziale Klima massiv auf. Ihre weitreichenden Fehlentscheidungen versucht sie im Anschluss mit einer immer weiter zunehmenden sozialpolitischen Regulierung abzumildern, die den EU-Bürgern als soziale Gerechtigkeit verkauft wird. Doch in Wirklichkeit strebt die EU nach einer Sozialunion, die zu noch mehr Umverteilung führen soll.

Prozess der Bildung eines europäischen Superstaates zu beschleunigen, insbesondere in Zeiten von Krisen oder Ausnahmesituationen.

Die EU ist auf dem direkten Weg in eine Transferunion, in der Deutschland der auferlegten Zwangssolidarität nachzukommen hat, um für andere hochverschuldete Länder geradzustehen – die deutschen Steuerzahler werden regelrecht abgezockt. Ein Beispiel dafür ist der Wiederaufbaufonds, bei dem Deutschland voraussichtlich 65 Milliarden Euro mehr einzahlen muss als es selbst zurückbekommen wird.²

Die Politik der Klimaneutralität – die maßgeblich vom Wiederaufbaufonds finanziert wird – wurde von der EU-Führungsriege einseitig und ohne Debatte festgelegt. Um die Klimaneutralität

Die politisch Verantwortlichen auf europäischer und nationaler Ebene haben die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen systematisch untergraben. Sie stürzen mit ihrer ideologischen Politik Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit und Energiearmut.

Das wuchernde Problem des Pflegenotstands wird vernachlässigt und verdrängt. Die Kosten für Pflege steigen ständig und es besteht die Gefahr, dass sie in Zukunft eine Art Luxus-Dienstleistung für wohlhabende Bürger wird. Dies stellt einen eklatanten Verstoß gegen die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit dar.

Statt Steuermilliarden in den sogenannten Klimaschutz zu pumpen, sollte sich die Politik um die wirklichen Probleme wie den bestehenden Pflegenotstand kümmern.

In diesem Buch möchte ich das Totalversagen sowohl der nationalen Politik wie auch der europäischen aufdecken. Die Bürger müssen erfahren, dass die EU dabei ist, sich Deutschland zur Beute zu machen. Was wir brauchen, ist eine neue Politik, die – in den Worten von Helmut Schmidt – auf demokratische Steuerung und soziale Gerechtigkeit ausgerichtet ist.

Die Deutschen gehen später in Rente und haben ein geringeres Rentenniveau und zahlen über EU-Gelder in Italien oder Frankreich das höhere Rentenniveau von Menschen mit, die früher in Rente gehen als Bundesbürger.

Professor Raffelhüschen, Universität Freiburg

Der Etiketten lebnriwds2

1979 hätte sich Helmut Schmidt wahrscheinlich nicht vorstellen können, dass die europäische Wirtschafts- und Freihandelszone sich zu einer Haftungsunion und Schuldenunion entwickeln würde.

Niccolò Machiavelli, Philosoph, Diplomat und Chronist, hat in seinem um 1513 veröffentlichten Werk „Der Fürst“ argumentiert, dass Führer in Zeiten der Krise die Gelegenheit nutzen sollten, ihre Macht zu stärken und ihre Herrschaft zu festigen.

Die EU-Elite scheint diesem Tipp aus der Vergangenheit zu folgen und hat kurzerhand beschlossen, einen Wiederaufbaufonds in Höhe von 750 Milliarden Euro einzurichten. Er soll vordergründig die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Wirtschaft und Gesellschaft abfedern, ist aber genau genommen nichts anderes als ein intransparenter Umverteilungsmechanismus. Des Weiteren fließt das Geld wider Erwarten nicht zu den am stärksten betroffenen Ländern, sondern zu denen, die bereits vor der Corona-Krise in Schwierigkeiten waren.

Die EU hat vorgegeben, wofür die Milliarden verwendet werden sollen. Überraschenderweise nicht für das betroffene Gesundheitswesen oder mittelständische Unternehmen, die von der Krise besonders hart getroffen wurden, sondern 37 Prozent sollen für Klimaschutzmaßnahmen und 20 Prozent für die Digitalisierung eingesetzt werden.³ Die Verbindung zum Europäischen Green Deal wird nun offensichtlich.

Jürgen Matthes vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) teilt meine Auffassung und bezeichnet den Wiederaufbaufonds als „Etikettenschwindel“. Die EU hat die Corona-Krise genutzt,

um einen zweiten Haushalt zu schaffen, da durch den Austritt der Briten Geld fehlte. Auch wolle man neue politische Prioritäten setzen, ohne bei den Agrar- und Zusammenhalt-Fonds (Kohäsionsfonds) zu kürzen.⁴

Der Wiederaufbaufonds wird zwar offiziell als Instrument der Solidarität präsentiert, ist jedoch ein gigantisches Umverteilungsprogramm, das nur wenig mit der Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Maßnahmen zu tun hat.

Die EU nutzt die Corona-Krise, um sich in einer Weise zu verschulden, die ihr eigentlich durch die EU-Verträge untersagt ist. Die Kommission platziert nun Anleihen am Kapitalmarkt, die erst in ferner Zukunft – zwischen 2027 und 2058 – zurückgezahlt werden müssen. Dieses gesamte Schuldenkonstrukt des Wiederaufbaufonds steht oder fällt mit der finanziellen Leistungskraft von Deutschland, das für mehr als 25 Prozent aller Schulden haftet. Der Wiederaufbaufonds trägt den klangvollen Namen „Next Generation EU“, was suggerieren soll, dass der Fonds eine bessere Zukunft für die nächste Generation sichern wird. Tatsache ist, dass die nächste Generation in Deutschland für die getroffenen Fehlentscheidungen einen hohen Preis zahlen muss. Sie wird länger arbeiten müssen, um ihre Rente zu finanzieren, so wie es von deutschen Spitzenpolitikern dauernd gefordert wird.

Dies alles ist sozial ungerecht, da die Zuschüsse und Milliardenhilfen des Wiederaufbaufonds es den Empfängerländern ermöglichen, dringend notwendige Rentenreformen nicht durchzuführen. Professor Raffelhüschen von der Universität Freiburg betont: „Die Deutschen gehen später in Rente und haben ein geringeres Rentenniveau und zahlen über EU-Gelder in

Italien oder Frankreich das höhere Rentenniveau von Menschen mit, die früher in Rente gehen als Bundesbürger“.⁵

Ein europäischer Vergleich zeigt, dass das Rentenniveau – das Verhältnis der Altersrente zu dem Nettolohn, der vor Renteneintritt verdient wurde – in Deutschland niedriger ist im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten. Einige Länder, wie beispielsweise Ungarn, Portugal, die Niederlande, Luxemburg und Österreich haben ein Rentenniveau von über 80%, während Deutschland mit 52,9% weit darunter liegt. Länder wie Irland, Polen, Estland und Litauen haben ein noch niedrigeres Rentenniveau.⁶

Für Deutschland ist insbesondere der Vergleich mit Österreich aufschlussreich. Österreich hat nicht nur ein Rentenniveau aus der gesetzlichen Rente von fast 90 Prozent (Deutschland hat knapp 52 Prozent), sondern die österreichische Rentenversicherung gewährt auch eine Ausgleichszulage, die eine Mindestrente sicherstellt. Leider ist die Mindestsicherung in Deutschland kein angestrebtes Ziel. Während das Renteneintrittsalter für Deutsche bis 2029 auf 67 Jahre angehoben wird, können Österreicher weiterhin mit 65 Jahren in den wohlverdienten Ruhestand treten.⁷

Es ist ein Skandal, dass die Altersarmut in Deutschland zunehmend ansteigt. Laut aktuellen Daten aus dem Jahr 2021 hatten 38,2% der Rentnerinnen und 14,7% der Rentner ein Monatseinkommen von unter 1000 Euro. Das entspricht einer Anzahl von 4,9 Millionen von insgesamt 17,6 Millionen Altersrentenbeziehern. Forscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Zentrums für

Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) prognostizieren, dass bis 2036 bis zu 20% der Rentnerinnen und Rentner von Altersarmut betroffen sein könnten.⁸



